

S a t z u n g
der Gemeinde Lehmkuhlen über den
Anschluß der Grundstücke an die öffentliche
Wasserleitung und über die Abgabe von Wasser

Aufgrund der §§ 4 und 17 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein vom 24. Januar 1950 in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.11.1977 (GVOBl. Schl.-Holst. S 410), der §§ 1, 4, 6 und 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Schleswig-Holstein in der Fassung vom 17.03.1978 (GVOBl. Schl.-Holst. S. 71) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom 15.03.1984 folgende Satzung erlassen:

§ 1
Allgemeines

- (1) Die Gemeinde Lehmkuhlen- nachstehend Gemeinde genannt - betreibt aus dringendem öffentlichen Bedürfnis die Wasserversorgungsanlage als öffentliche Einrichtung, um die Einwohner im Geltungsbereich mit Trink- und Gebrauchswasser sowie die Gesamtheit mit Wasser für öffentliche Zwecke zu versorgen.
- (2) Die in dieser Satzung für die Grundstückseigentümer gegebenen Vorschriften gelten entsprechend für die Nießbraucher sowie für die in ähnlicher Weise zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigten.
- (3) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz anzusehen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, insbesondere dann, wenn ihm eine besondere Hausnummer zugeteilt ist.
- (4) Tritt an die Stelle eines Grundstückseigentümers eine Gemeinschaft von Wohnungseigentümern (Wohnungseigentumsgesetz vom 15.03.1951 (BGBl. 1951 S. 175), so handelt und haftet der nach § 26 des Wohnungseigentumsgesetzes bestellte Verwalter.

§ 2
Anschluß- und Benutzungsrecht

Jeder Eigentümer eines im Geltungsbereich dieser Satzung liegenden Grundstückes ist nach Maßgabe dieser Satzung berechtigt, den Anschluß seines Grundstückes an eine bestehende Versorgungsleitung (§ 9) und die Belieferung mit Trink- und Gebrauchswasser daraus zu verlangen.

§ 3

Beschränkung des Anschlußrechts

- (1) Die Gemeinde kann die Herstellung einer Versorgungsleitung aus den in Abs. 2 angegebenen Gründen versagen oder gemäß § 9 Abs. 3 dieser Satzung nur unter besonderen Bedingungen genehmigen.
- (2) Die Gemeinde kann den Anschluß eines Grundstückes an eine bestehende Versorgungsleitung versagen, wenn die Wasserversorgung wegen der Lage des Grundstückes oder aus sonstigen technischen oder betriebswirtschaftlichen Gründen erhebliche Schwierigkeiten bereiten oder besondere Maßnahmen erfordern würde, es sei denn, daß der Antragsteller die Mehrkosten für den Anschluß übernimmt und auf Verlangen hierfür Sicherheit leistet.
- (3) Der Anschluß kann in allen Fällen dann versagt werden, wenn die Wasserlieferung aus betrieblichen Gründen nicht gewährleistet werden kann (vgl. § 17 Abs. 3).

§ 4

Anschlußzwang

- (1) Die Grundstückseigentümer (§ 1 Abs. 2) sind verpflichtet, ihre Grundstücke, auf denen Wasser verbraucht wird, an die öffentliche Wasserleitung anzuschließen, wenn die Grundstücke an eine Straße (auch an einen Weg oder Platz) mit einer betriebsfertigen Versorgungsleitung grenzen, ihren unmittelbaren Zugang nach einer solchen Straße durch einen Privatweg haben oder auf andere Weise durch die Gemeinde – etwa durch Inanspruchnahme fremder Grundstücke – anschlußreif gemacht werden (vgl. § 10 Abs. 5). Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Gebäude, in denen Wasser verbraucht wird, so ist jedes derartige Gebäude dieses Grundstückes anzuschließen.
- (2) Die Herstellung des Anschlusses muß innerhalb einer Frist von einem Monat, nachdem die Grundstückseigentümer schriftlich oder durch öffentliche Bekanntmachung zum Anschluß an die Wasserleitung aufgefordert sind, gemäß § 8 dieser Satzung beantragt werden. Bei Neu- und Umbauten muß der Anschluß vor der Schlußabnahme des Baues ausgeführt sein. Auf Verlangen der Gemeinde ist der Anschluß zwecks gesonderter Berechnung des Bauwassers schon beim Ausbau des Kellergeschosses fertigzustellen. Der Grundstückseigentümer hat für rechtzeitige Antragstellung zu sorgen.

§ 5

Befreiung vom Anschlußzwang

- (1) Eine Verpflichtung zum Anschluß an die öffentliche Wasserleitung besteht nicht, wenn oder soweit der Anschluß des Grundstückes an die öffentliche Wasserleitung dem Eigentümer aus besonderen Gründen, auch unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls, nicht zugemutet werden kann.

- (2) Will der Grundstückseigentümer die Befreiung von der Verpflichtung zum Anschluß aufgrund des Abs. 1 geltend machen, so hat er dieses binnen eines Monats nach der schriftlichen oder öffentlichen Aufforderung unter Angabe der Gründe bei der Gemeinde schriftlich zu erklären. Erkennt die Gemeinde die Berechtigung der Gründe nicht an, so kann der Antragsteller gegen den schriftlichen Ablehnungsbescheid der Gemeinde Rechtsmittel einlegen.

§ 6

Benutzungszwang

- (1) Auf Grundstücken, die an die öffentliche Wasserleitung angeschlossen sind, ist der gesamte Bedarf an Trink- und Gebrauchswasser ausschließlich aus der öffentlichen Wasserleitung zu decken.
- (2) Die Verpflichtung nach Abs. 1 obliegt dem AnschluBinhaber sowie sämtlichen Bewohnern der Gebäude (Wasserabnehmer). Auf Verlangen der Gemeinde haben die Grundstückseigentümer, die Haushaltsvorstände oder die Leiter der Betriebe die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Einhaltung dieser Vorschrift zu sichern.

§ 7

Befreiung vom Benutzungszwang

- (1) Eine Verpflichtung zur Benutzung der öffentlichen Wasserleitung besteht nicht, wenn oder soweit diese Verpflichtung dem Abnehmer aus besonderen Gründen, auch unter Berücksichtigung des Gemeinwohls, nicht zugemutet werden kann.
- (2) Wer die Befreiung von der Benutzungspflicht geltend machen will, hat dieses der Gemeinde unter Angabe der Gründe schriftlich zu erklären. Erkennt die Gemeinde die Berechtigung der Gründe nicht an, so kann der Antragsteller gegen den schriftlichen Ablehnungsbescheid der Gemeinde Rechtsmittel einlegen.

§ 8

Anmeldung (Anschlußantrag)

Die Anlage oder Änderung eines Wasseranschlusses ist vom Grundstückseigentümer (§ 1 Abs. 2) bei der Gemeinde für jedes Grundstück zu beantragen.

Der Antrag muß enthalten:

- a. die Beschreibung der auf dem Grundstück geplanten Anlage. Der Beschreibung ist eine Grundriß-Skizze beizufügen;
- b. den Namen des zugelassenen Einrichters (Installateurs), durch den die Einrichtung innerhalb des Grundstückes ausgeführt werden sollen;
- c. die Beschreibung der Gewerbebetriebe und besonderen Einrichtungen (§ 13), für die auf dem Grundstück Leitungswasser verwendet werden soll;

- d. die Verpflichtung des Grundstückseigentümers:
 - 1. die Kosten für die Herstellung der Anschlußleitung, insbesondere auch die Kosten der Wiederherstellung des öffentlichen Verkehrsraumes zu übernehmen (vgl. § 11 Abs. 1);
 - 2. der Gemeinde zur Vermeidung von Schäden jede Information über die Beschaffenheit des Grundstücks, die baulichen Verhältnisse der vom Anschluß an das Versorgungsnetz betroffenen oder zu berührenden Gebäude sowie über die Lage von Kabeln und Leitungen jeglicher Art zu geben bzw. zu beschaffen.
- e. Angaben über eine etwaige Eigenwasserversorgung;

§ 9 Versorgungsleitung

- (1) Versorgungsleitung im Sinne dieser Satzung ist die Hauptrohrleitung (Verteilungsleitung) ausschließlich der Anbohrschelle bzw. des Hausanschluß-Schiebers.
- (2) Die Versorgungsleitung wird von der Gemeinde hergestellt und unterhalten. Kein Grundstückseigentümer hat Anspruch auf eine für ihn vorteilhaftere Führung der Versorgungsleitung.
- (3) Vor Herstellung einer Versorgungsleitung kann die Gemeinde im Falle des § 3 Abs. 1 dieser Satzung insbesondere verlangen, daß der Anschlußnehmer die Kosten für die Herstellung übernimmt und gegebenenfalls hierfür Sicherheit leistet. Wird für mehrere Anschlußnehmer eine gemeinsame Versorgungsleitung gelegt, so werden die Kosten anteilmäßig verteilt unter jeweiliger Einbeziehung später hinzukommender Anschlußnehmer. Letztere haben nach Neuberechnung der Kostenanteile die für sie entfallenden Kosten an die Gemeinde zu entrichten, die sie mit den Erstanliegern verrechnet.

Nach Ablauf von 5 Jahren nach Fertigstellung der Versorgungsleitung erlischt der Anspruch der mit den Herstellungskosten belasteten Grundstückseigentümer auf Zahlung eines Kostenanteils gegenüber den dann hinzukommenden Anschlußnehmern.

- (4) Die Änderung einer bestehenden Versorgungsleitung kann von den Grundstückseigentümern nicht verlangt werden. Ausnahmen kann die Gemeinde entsprechend Abs. 3 vom Anschluß besonderer Vereinbarungen abhängig machen.
- (5) Die auf Kosten der Anschlußnehmer errichteten Versorgungsleitungen oder die durch eine Änderung etwa erforderlich werdenden Teile der Versorgungsleitung gehen ohne Rücksicht auf die Kostenregelung der Abs. 3 und 4 in das Eigentum und die Unterhaltungspflicht der Gemeinde über.
- (6) Nur Beauftragte der Gemeinde haben das Recht, die Versorgungsleitung freizulegen, Änderungen daran vorzunehmen und Anschlüsse herzustellen. Erdarbeiten in Nähe der Versorgungsleitung sind im Einzelfalle nur mit

ausdrücklicher Genehmigung der Gemeinde und unter Beachtung der von ihr auferlegten Bedingungen gestattet; für Schäden und die daraus entstehenden Wasserverluste haftet derjenige, der die Erdarbeiten ausführen läßt.

§ 10

Anschlußleitung

- (1) Anschlußleitung im Sinne dieser Satzung ist die Zuleitung von der Versorgungsleitung (einschl. der Anbohrschelle bzw. des Hausanschluß-Schiebers) bis zur Wasserübergabestelle; das ist der Absperrhahn hinter dem Wasserzähler.
- (2) Die Anschlußleitung wird ausschließlich von der Gemeinde nach der Kostenregelung des § 11 hergestellt und unterhalten. Sie steht einschließlich des Zubehörs als Teil der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen in ihrem Eigentum.
- (3) Bestehende Anschlußleitungen an privaten Versorgungseinrichtungen können auf Antrag des Anschlußnehmers von der Gemeinde übernommen werden, wenn
 1. die Anschlußleitung den nach Abs. 4 von der Gemeinde bestimmten Anforderungen entspricht,
 2. der Anschlußnehmer die Anschlußleitung an den von der Gemeinde bestimmten Stellen auf seine Kosten freilegt, um den Zustand der Leitung zu begutachten. Ein Rechtsanspruch auf Übernahme besteht nicht.
- (4) Die Gemeinde bestimmt die Zahl, Art, lichte Weite und Führung der Anschlußleitung sowie die Stelle, an der sie in das Grundstück eingeführt wird; sie bestimmt auch, wo an eine Versorgungsleitung anzuschließen ist. Begründete Wünsche des Anschlußnehmers sind nach Möglichkeit zu berücksichtigen.
- (5) Jedes Grundstück soll in der Regel unmittelbare Verbindung mit der Versorgungsleitung haben und nicht über ein anderes Grundstück versorgt werden. Die Gemeinde behält sich jedoch vor, mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschlußleitung zu versorgen (§ 4 Abs. 1), wenn ein selbständiger Anschluß von Grundstücken nach den Feststellungen der Gemeinde nur unter großen Schwierigkeiten oder mit unverhältnismäßig hohen Kosten möglich wäre und der Neuanschluß die Möglichkeit des Wasserbezugs für den bisherigen Anschlußinhaber nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt.

Wird ein gemeinsamer Anschluß für mehrere Grundstücke zugelassen, so müssen die für die Unterhaltung und Benutzung gemeinsamer Leitungen erforderlichen Rechte an fremden Grundstücken im Grundbuch dieser Grundstücke eingetragen werden. Der Neuanschließende ist verpflichtet, dem ersten Anschlußinhaber einen angemessenen Kostenanteil zu ersetzen und sämtliche Kosten der etwa notwendig werdenden Änderungen oder Ergänzungen des ersten Anschlusses zu bezahlen. Der Kostenanteil ist mit der Herstellung des neuen Anschlusses fällig. Können sich die Beteiligten über die Höhe des Kostenanteils nicht einigen, so stellt ihn die Gemeinde fest.

- (6) Der Anschlußinhaber darf keinerlei Einrichtungen auf Anschlußleitungen und Zubehör vornehmen oder vornehmen lassen. Für Beschädigung der Anschlußleitung auf dem Grundstück und die daraus entstehenden Wasserverluste haftet der Anschlußinhaber.

§ 11

Kostenregelung für die Anschlußleitung

- (1) Die Gemeinde läßt die Anschlußleitung auf dem Grundstück des Anschlußnehmers ausführen. Die Kosten hat der Anschlußnehmer zu tragen. Ein angemessener Vorschuß oder auch die ganzen Kosten sind vor Ausführung der Anschlußarbeiten zu tragen. Anschlußleitung, Armatur und Absperrhähne bleiben Eigentum der Gemeinde.
- (2) Für die Kosten der Anschlußleitung im öffentlichen Verkehrsraum wird ein besonderer Beitrag nach Maßgabe der Beitrags- und Gebührensatzung erhoben.
- (3) Unterhaltung und etwa erforderliche Änderungen der im öffentlichen Verkehrsraum liegenden Teile der Anschlußleitung obliegen der Gemeinde. Werden Verbesserungen, Erneuerungen und sonstige Veränderungen infolge baulicher Arbeiten auf dem Grundstück oder infolge anderer Maßnahmen des Anschlußnehmers erforderlich, so hat der Anschlußnehmer der Gemeinde die Kosten hierfür zu erstatten.
- (4) Der auf dem angeschlossenen Grundstück liegende Teil der Anschlußleitung wird von der Gemeinde unterhalten und ggf. geändert. Die Kosten werden von der Gemeinde getragen.

§ 12

Verbrauchsleitung

- (1) Verbrauchsleitung im Sinne dieser Satzung ist die Leitung (Hausanlage) auf dem Grundstück oder in dem Gebäude von der Wasserübergabestelle (§ 10 Abs. 1) bis zu den Verbrauchsstellen.
- (2) Die Herstellung und ordnungsgemäße Unterhaltung der Verbrauchsleitung ist Sache des Anschlußinhabers. Die Arbeiten dürfen nur durch zuverlässige und sachkundige Handwerker (Einrichter) ausgeführt werden. Die Einrichter werden von der Gemeinde zugelassen; die Gemeinde regelt die gleichmäßigen Voraussetzungen für die Zulassung.
- (3) Die Ausführung der Verbrauchsleitung (Hausanlage) muß den Vorschriften des Deutschen Normenausschusses, den jeweiligen Bestimmungen des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern e.V. sowie den besonderen Vorschriften der Gemeinde – des Wasserlieferers – entsprechen.
- (4) Der Anschlußinhaber hat dafür zu sorgen, daß der Gemeinde vor Arbeitsbeginn die gem. § 8 vorgeschriebenen Meldungen nebst Plan eingereicht werden. Die

Gemeinde kann, wenn sie es für erforderlich hält, Änderungen verlangen und die Ausführung der Arbeiten überwachen. Andere als vorschriftsmäßig gemeldete und geprüfte Anlagen werden nicht an die Wasserleitung angeschlossen.

Die Prüfung einer Verbrauchsleitung durch die Gemeinde befreit den ausführenden Einrichter nicht von seinen Verpflichtungen gegenüber dem Auftraggeber und Wasserabnehmer zu vorschriftsmäßiger und tadelloser Ausführung der Arbeiten. Die Gemeinde übernimmt für diese Arbeiten keine Haftung.

- (5) Für Erweiterungen und Änderungen der Verbrauchsleitung gelten die Absätze 2 bis 4 entsprechend. Hierunter fällt auch die Ausdehnung der Verbrauchsleitung auf Grundstücke oder Grundstücksteile, die in dem ursprünglichen Anschlußplan nicht enthalten waren. Wird ausnahmsweise der Anschluß eines Nachbargrundstückes an die Verbrauchsleitung eines Wasserabnehmers zwingend erforderlich, so findet § 10 Abs. 5 entsprechende Anwendung.
- (6) Die Anlage des Abnehmers ist so zu betreiben, daß Störungen der öffentlichen Versorgungseinrichtungen oder der anderen Abnehmer ausgeschlossen sind. Schäden an den Verbrauchsleitungen sind umgehend beseitigen zu lassen. Wasserverluste, die auf Mängel an der Verbrauchsleitung (Hausanlage) zurückzuführen sind, hat der Wasserabnehmer zu tragen.
- (7) Die Gemeinde kann die Verbrauchsleitung jederzeit prüfen (vgl. § 16 Abs. 3) und betriebsnotwendige Änderungen oder Instandsetzungen verlangen. Wird dem nicht innerhalb einer angemessenen Frist entsprochen, so ist die Gemeinde zur sofortigen Sperrung der Wasserleitung oder zur Änderung oder Instandsetzung der verbesserungsbedürftigen Anlage auf Kosten des um die Weiterbelieferung Nachsuchenden berechtigt.

§ 13

Anschluß besonderer Einrichtungen

- (1) Eine auch nur vorübergehende unmittelbare Verbindung der Wasserleitung mit Einrichtungen, in denen ein Überdruck eintreten kann, wie mit Pumpen, Dampfkesseln, hydraulischen Hebevorrichtungen und dergl. ist nicht gestattet. Die Gemeinde kann Ausnahmen zulassen.
- (2) Verbindungen zwischen der öffentlichen Wasserleitung und einer Eigenversorgungsanlage sind nicht gestattet, desgleichen Anschlüsse von handbedienten Pumpen. Der Anschluß maschinell betriebener Druckerhöhungspumpen ist nur mit Zustimmung der Gemeinde zulässig.
- (3) Der Anschluß von Wassermotoren (z.B. Waschmaschinen mit Wasserantrieb), von Wasserstrahlpumpen und Springbrunnen bedarf der besonderen Zustimmung der Gemeinde.

§ 14

Feuerlöscheinrichtungen

- (1) Sollen auf einem Grundstück besondere Feuerlöschzapfstellen eingerichtet werden, so sind über ihre Anlegung, Unterhaltung und Prüfung besondere Vereinbarungen mit der Gemeinde zu treffen.
- (2) Alle Feuerlöscheinrichtungen dürfen zu anderen Zwecken als solchen der Brandbekämpfung nur mit Zustimmung der Gemeinde benutzt werden.
- (3) Für Beschädigung gemeindeeigener Feuerlöscheinrichtungen und sonstiger Anlageteile (z.B. Wasserzähler), die durch unbefugtes Öffnen der Feuerlöschzapfstelle entstehen, sowie für die daraus entstehenden Wasserverluste der Gemeinde haftet der Wasserabnehmer.

§ 15

Wasserzähler

- (1) Die Gemeinde stellt die vom Grundstückseigentümer verbrauchte Wassermenge durch Wasserzähler fest.
- (2) Wasserzähler werden gegen Berechnung der Anschaffungskosten von der Gemeinde eingebaut und auf Kosten der Gemeinde unterhalten und erneuert. Sie gehen in das Eigentum der Gemeinde über.
- (3) Die Gemeinde bestimmt den Zeitpunkt der Beschaffung, die Bauart, die Größe und den Standort der Wasserzähler. Beim Einbau etwa notwendig werdender Absperrvorrichtungen und Verbindungsstücke werden diese als Bestandteil der Anschlußleitung von der Gemeinde geliefert.
- (4) Die Wasserzähler werden von Zeit zu Zeit von der Gemeinde auf ihre Kosten geprüft und instandgesetzt.
- (5) Der Anschlußinhaber kann jederzeit schriftlich eine Nachprüfung des Wasserzählers beantragen. Das Ergebnis der Prüfung ist für beide Teile bindend. Die Kosten für die Prüfung, den Ausbau und den Wiedereinbau des Wasserzählers trägt, wenn die Abweichung die zulässige Fehlergrenze von $\pm 5\%$ überschreitet, die Gemeinde, sonst der Anschlußinhaber. Wegen der Berichtigung der Wassergebühr siehe § 10 Abs. 2 – 4 der Gebührensatzung.
- (6) Der Anschlußinhaber darf Änderungen an dem Wasserzähler und an seiner Aufstellung weder vornehmen noch darf er dulden, daß solche Änderungen durch andere Personen als durch Beauftragte der Gemeinde vorgenommen werden. Der Einbau von Wasserzwischenzählern in die Verbrauchsleitung (Hausleitung) ist ihm gestattet.
- (7) Der Anschlußinhaber ist verpflichtet, den Wasserzähler vor Beschädigungen, insbesondere vor Einwirkung dritter Personen, vor Abflußwasser, Schmutz- und

Grundwasser sowie vor Frost zu schützen. Er muß alle Kosten für Beschädigungen und Verluste ersetzen, soweit sie nicht durch die Beauftragten der Gemeinde verursacht sind, oder sofern er nicht nachweist, daß die Einwirkung auf höhere Gewalt zurückzuführen ist. Frostschäden gelten nicht als Einwirkung höherer Gewalt. Wegen der Anzeigepflicht bei Störungen und Schäden siehe § 16 Abs. 5.

- (8) Die Gemeinde kann in technisch begründeten Fällen verlangen, daß der Wasserzähler in einem Wasserzählerschacht untergebracht wird. Der Wasserzählerschacht ist nach den Angaben der Gemeinde vom Anschlußinhaber herzustellen und im guten baulichen, stets zugänglichen und sauberen Zustand zu erhalten.

§ 16

Allgemeine Abnehmerpflichten

- (1) **Duldung von Leitungsführungen**
Der Anschlußinhaber ist verpflichtet, die Verlegung von Wasserleitungen, den Einbau von Schächten und Schiebern und dergl. sowie die Anbringung von Hinweisschildern in seinen Grundstücken ohne Entschädigung zuzulassen, an denen Einrichtungen kein Eigentumsrecht geltend zu machen und die auf Verlangen der Gemeinde auch noch bis zu 5 Jahren nach Beendigung des Benutzungsverhältnisses in diesem zu belassen. Die Gemeinde kann dingliche Sicherung dieser Verpflichtung verlangen. Die bei der Einlegung und Entfernung der Leitungen und Anlagen entstehenden Schäden hat die Gemeinde zu ersetzen, soweit sie nicht auf Anschlußleitungen des Eigentümers selbst entfallen.
- (2) **Duldung des Anschlusses fremder Grundstücke**
Jeder Inhaber eines Anschlusses muß den Anschluß anderer Grundstücke an seine Anschlußleitung in den Fällen des § 10 Abs. 5 dulden.
- (3) **Duldung des Zutritts zu den Wasserleitungsanlagen und Auskunftspflicht**
Den Beauftragten der Gemeinde ist zur Vornahme von Arbeiten, zur Nachschau der Wasserleitungsanlagen, zum Ablesen der Wasserzähler und zur Prüfung der Vorschriften dieser Satzung ungehinderter Zutritt zu allen in Frage kommenden Teilen der angeschlossenen Grundstücke zu gewähren. Der Wasserabnehmer ist verpflichtet, alle für die Feststellung des Wasserverbrauchs, die Errechnung der Beiträge und Gebühren und die Prüfung des Zustandes der Anlagen erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (4) **Pflichten in Brandfällen und in sonstigen Notfällen**
Bei Eintritt eines Brandes oder in sonstigen Notfällen sind die Anordnungen des Brandstellenleiters und der Polizei zu befolgen; insbesondere haben die Wasserabnehmer ihre Leitungen und ihre Eigenanlagen auf Verlangen für Feuerlöschzwecke zur Verfügung zu stellen. Der Abnehmer darf ohne zwingenden Grund in diesen Fällen kein Wasser entnehmen.
- (5) **Anzeigepflicht bei Schäden und Störungen**

Der Anschlußinhaber ist verpflichtet, Störungen und Schäden an Anschlußleitungen und an Wasserzählern der Gemeinde unverzüglich anzuzeigen.

(6) Wasserabgabe an Dritte

Außer in vorübergehenden Notfällen ist es dem Wasserabnehmer nicht gestattet, ohne Zustimmung der Gemeinde Wasser an Dritte abzugeben (vgl. § 17 Abs. 1).

(7) Verbot der Wasserverschwendung

Der Wasserabnehmer ist zur Sparsamkeit im Wasserverbrauch nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft verpflichtet. Es ist ihm nicht gestattet, Wasser nutzlos laufen zu lassen, z.B. um dieses kühl zu halten oder Leitungen vor dem Einfrieren zu schützen und dergl.. Wegen des Anschlusses besonderer Einrichtungen siehe § 13.

(8) Gemeinsames Benutzungsverhältnis

Mehrere Miteigentümer eines Grundstückes und mehrere über einen gemeinsamen Wasserzähler / durch eine gemeinsame Verbrauchsleitung versorgte, selbständige Abnehmer haften als Gesamtschuldner für alle Verbindlichkeiten aus dem Benutzungsverhältnis. Sie müssen der Gemeinde einen gemeinsamen Vertreter benennen, an den alle Eröffnungen rechtswirksam gemacht werden können. Geschieht dieses nicht, so sind Eröffnungen an einen der Beteiligten auch für die übrigen wirksam.

§ 17

Wasserlieferung

- (1) Das Wasser wird grundsätzlich nur zur Versorgung desjenigen Grundstückes bereitgestellt, für das der Anschluß aufgrund der Anmeldung gem. § 8 besteht (vgl. § 16 Abs. 6).
- (2) Das Wasser wird aus der Wasserleitung im allgemeinen ohne besondere Beschränkung hinsichtlich der Menge und Abgabezeit, jedoch nur unter dem Druck geliefert, der in dem betreffenden Versorgungsgebiet herrscht. Die Gemeinde übernimmt keine Gewähr für eine aus besonderen Gründen erforderliche Qualität des Wassers.
- (3) Die Gemeinde kann im Einzelfall die Wasserlieferung ablehnen, beschränken oder von besonderen Bedingungen abhängig machen, wenn dies aus betrieblichen Gründen, insbesondere bei einer zu erwartenden übermäßigen Beanspruchung der Wasserversorgungsanlagen durch den Abnehmer erforderlich ist.
- (4) Bei Betriebsstörungen, insbesondere im Falle höherer Gewalt, zur Vornahme betriebsnotwendiger Arbeiten, bei vorübergehendem oder dauerndem Wassermangel oder aufgrund behördlicher Anordnungen kann die Wasserlieferung unterbrochen oder hinsichtlich der Menge, Entnahmezeiten und Verwendungszwecke eingeschränkt werden.

Voraussehbare Unterbrechungen und Einschränkungen werden nach Möglichkeit vorher öffentlich bekanntgegeben.

- (5) Bei Einschränkung oder Unterbrechung der Wasserlieferung sowie bei einer Änderung des Druckes oder der Beschaffenheit des Wassers steht dem Wasserabnehmer weder ein Anspruch auf Schadenersatz noch eine Ermäßigung der Wasserbenutzungsgebühr zu. Wegen der Ermäßigung der Wasserbenutzungsgebühr bei Unterbrechung der Wasserlieferung von mehr als einem Monat siehe § 10 Abs. 4 der Beitrags- und Gebührensatzung.

§ 18

Abmeldung des Wasserbezuges

- (1) Beim Wechsel des Eigentums am Grundstück hat der bisherige Eigentümer (Anschlußinhaber) den Wasserbezug rechtzeitig schriftlich bei der Gemeinde abzumelden. Zu dieser Meldung ist auch der neue Eigentümer (Anschlußinhaber) verpflichtet. Wegen der Berechnung der Benutzungsgebühren siehe § 12 der Beitrags- und Gebührensatzung.
- (2) Im übrigen hat der Anschlußinhaber jede Änderung in den für die Menge des Wasserverbrauchs und die Höhe des Anschlußbeitrages und der Wasserbenutzungsgebühr maßgebenden Umständen und wesentliche Veränderungen in Gewerbebetrieben der Gemeinde binnen einer Woche anzuzeigen.

§ 19

Beiträge und Gebühren

Für die Benutzung der Wasserleitung und die Entnahme von Wasser werden Beiträge und Gebühren nach Maßgabe einer besonderen Beitrags- und Gebührensatzung erhoben.

§ 20

Wassersperre

- (1) Die Gemeinde ist berechtigt, die Wasserlieferung fristlos und ohne vorherige gerichtliche Entscheidung für sämtliche Verbrauchsstellen des Anschlußinhabers einzustellen, wenn
- a) widerrechtlich Wasser entnommen wird,
 - b) Änderungen an Einrichtungen, die der Gemeinde gehören, oder deren Unterhaltung oder Änderung der Gemeinde vorbehalten ist, eigenmächtig vorgenommen oder die Einrichtung (z.B. Plomben) beschädigt werden,
 - c) den Beauftragten der Gemeinde der Zutritt zu den Wasseranlagen verweigert oder unmöglich gemacht wird oder nicht die erforderlichen Auskünfte gegeben werden,
 - d) die fälligen Zahlungen nach Maßgabe dieser Satzung sowie der Gebührensatzung nicht vorschriftsmäßig geleistet werden,

- e) störende Einwirkungen von den Anlagen des Grundstückseigentümers auf die Anlagen anderer Abnehmer oder der öffentlichen Versorgungseinrichtungen ausgehen (soweit sie vom Grundstückseigentümer zu vertreten sind),
 - f) die Verpflichtung, für alsbaldige Wiederherstellung schadhafter Hausinstallationen zu sorgen, nicht eingehalten wird,
 - g) der Grundstückseigentümer gegen die von der Gemeinde angeordneten Verwendungsverbote und Verbrauchseinschränkungen verstößt,
 - h) der Grundstückseigentümer die Benutzung eines Grundstückes gem. § 16 verweigert,
 - i) Wasser an andere Grundstücke ohne Zustimmung der Gemeinde abgegeben wird.
- (2) Abgesperrte Anlagen dürfen nur durch die Gemeinde wieder eingeschaltet werden. Die Kosten der Wiedereinschaltung sind von dem Anschlußinhaber zu bezahlen.

§ 21

Zwangmaßnahmen

Für das Vollzugsverfahren gelten die §§ 194 ff. des Landesverwaltungsgesetzes vom 18.04.1967 (GVOBl. Schl.-Holst. S 131).

§ 22

Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieser Satzung erstreckt sich auf die Ortschaften Lepahn und Trent.

§ 23

Außerkräftreten und Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung in der Fassung des 1. Nachtrags vom 09.08.1963 außer Kraft.

Lehmkuhlen, den 16. Juli 1984

(DS)

gez. J. Wendt
Bürgermeister